

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

## Israel, Kibbutz & Moshav und das linke Projekt

### Eine Annäherung

**„Als eine Israeli habe ich erkannt: man kann Israel nicht lieben und gegen einen Frieden auf Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung sein; es ist unmöglich, Israel zu lieben und Palästina abzulehnen.“**

Yael Dayan, Israelische Friedensaktivistin, Buchautorin und Politikerin

**„Die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder sind aber diejenigen, wo die besitzlosen proletarischen Schichten die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Trotzdem findet sich in jenen Ländern immer noch eine Mehrheit für die Parteien, die politisch die Interessen der besitzenden Minderheit des Volkes vertreten. Fragt man sich, wie dies möglich ist, so lautet die Antwort, dass diese besitzende Minderheit dank ihrer wirtschaftlichen Übermacht, dank ihrer Privilegien des Besitzes und der Bildung bis jetzt gewaltige Beeinflussungs- und Druckmittel hat, denen zu widerstehen die Mehrheit der Bevölkerung bisher nicht imstande war.“**

Fritz Naphtali, in Israel Peretz Naphtali, war Wirtschaftsexperte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes (ADGB) und später linker Politiker und Minister in Israel

**„Die Deutschen sollten die israelische Regierung in Deutschland behalten, dann würden sie endlich etwas positives für ISRAEL tun.“**

Uri Avnery, israelischer Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist zur geplanten israelischen Kabinettsitzung 2009 in Berlin

# INHALTSVERZEICHNIS:

1. Einleitung
  - 1.1 Das Erstaunen: pro-israelische Demo in Saarbrücken
  - 1.2 Die Fragen
  - 1.3 Die linke Antwort auf den Gazakrieg 2014
2. Interview Joseph Schwarz, USA
3. Exkurs: Die Gründung Israel's
4. ...und der sozialistische Impuls
5. Israel's Linke heute
6. Interview Yael Dayan, Tel Aviv
7. Die deutsche Linke und Israel
8. Centre Medem – Arbeiter Ring, Paris und Cercle Bernard Lazare, Paris
9. Zurück ins Saarland

## **Vorwort**

Der israelische Journalist und Autor Nir Baram, der in Israel lebt und ausdrücklich auch dort bleiben will, sagt: „Ich muss daran glauben, dass es Hoffnung auf einen Wechsel gibt. Aber dieser Wechsel wird nicht aus dem Nichts kommen. Es ist ein Puzzlespiel, an dem wir mitwirken müssen. ...Die Veränderung muss von unten kommen“.

Dieser Wechsel braucht beides: Soziale Gerechtigkeit – dass die Werte, welche den landwirtschaftlichen Kibbutz prägten, in der heutigen hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft Israel einen neuen Platz finden, und Frieden mit den Palästinensern.

Nir Baram erhebt daher die Forderung: „Wir dürfen die Trennung von Juden und Palästinensern nicht länger akzeptieren, nicht die physische durch die Trennmauer, und auch nicht die in unseren Köpfen. ...Es ist an der Zeit, kämpferischer zu werden“, fordert er im Sommer 2014 während des Gazakrieges. Ein mutiges Wort in dunklen Tagen. Es verdient unsere Unterstützung und lässt uns hoffen.

**Heike Kugler, Abgeordnete  
Fraktion DIE LINKE im saarländischen Landtag**

## 1.1 Das Erstaunen: pro-israelische Demonstration in Saarbrücken

August 2014: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG Saar) ruft auf zu einer Kundgebung in Saarbrücken. „Der Terror gegen Israel müsse ein Ende haben, hieß es in ihrem Aufruf. Israel, so schreiben die Initiatoren weiter, müsse sich gegen Angriffe auf seine Bürger wehren“ (www.sr-online, 09.09.2014). Im Gefolge der Militäroffensive Israel's gegen die militant-islamische Hamas im Gazastreifen bekunden knapp 200 Menschen in der Bahnhofstraße ihre Solidarität mit Israelis und Juden. Der Video-Clip des Saarländischen Rundfunks zeigt Israel Fahnen, Fahnen der Aktion 3. Welt Saar und der Antifa Saar. Regional gibt es auch in Frankfurt eine Solidaritäts-Demo pro-Israel. Auf Plakaten heißt es: ‚Free Gaza from Hamas‘, ‚Israel muss sich verteidigen‘, und ‚Israel will Frieden‘.

In der Tendenz ähnlich kündigt die DIG Saar einige Monate später einen Vortrag von Tilman Tarach zu seinem Buch: ‚Israel: Der ewige Sündenbock‘ an. Mitinitiatoren sind wiederum die Aktion 3. Welt Saar, die Antifa Saar, aber auch die Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Saarbrücker Verein CriThink. Kurz vor der Veranstaltung spezifiziert die DIG Saar den Fokus des Buchautors wie folgt: „Heiliger Krieg, die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ und die Verlogenheit der sogenannten Linken im Nahostkonflikt“ (www.dig-saar/termine/).

Zeitlich nachfolgend eine weitere Veranstaltung mit ähnlichem Tenor: ‚Die Einsamkeit Israels‘. Buchvorstellung mit Stephan Grigat, wiederum getragen von DIG Saar, der Heinrich-Böll-Stiftung, Antifa Saar, CriThink und Christlich-Jüdischer Arbeitsgemeinschaft Saar. Im Klappentext zum Buch heißt es: „Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist die antizionistische Ideologie zu neuem Leben erwacht und weist weit über den Kreis linker Kleingruppen hinaus. Die Existenz von Antisemitismus in der Linken ist heute evident. Angesichts der ausufernden Literatur, die ihn wieder und wieder belegt, kann sein Leugnen heute nur mehr als eine seiner Ausdrucksformen angesehen werden“ (www.perlentaucher.de/buch/stephen-grigat/die-einsamkeit-israels.html).

## 1.2 Die Fragen

Warum lassen sich eine Deutsch-Israelische Gesellschaft und andere Gruppen, die in der Vergangenheit oft für einen aufklärerischen und emanzipatorischen Ansatz bekannt waren, vor den Karren eines nationalen Fundamentalismus, des Militarismus und der herrschenden Politik Israels spannen?

Was war der sozialistische Impuls - die Kibbutz- und Moshav-Bewegung, die große Gewerkschaft Histadrut und die Arbeiterpartei Mapai - welche Israel einst

als säkulares und sozialistisches Projekt begründeten? Wie stellt sich die politische Situation der Linken in Israel heute da?

Gibt es sich überschneidende, gemeinsame Lösungsansätze für die linke Bewegung in Israel, in USA und Europa – im Kontext einer politischen Gemengelage, welche durch Neoliberalismus, Militäreinsätze, Migration, und neuem Nationalismus geprägt ist? Was lässt sich von der Kibbutz- und Moshav-Bewegung für den Ansatz einer solidarischen und beteiligungsorientierten Kultur und Ökonomie lernen?

Dazu im Folgenden einige Denkanstöße - ‚snapshots, not moving pictures‘ - aus linker Sicht.

## 1.3 Die linke Antwort auf den Gaza-Krieg 2014

Schon unmittelbar nach dem Krieg wiederholen wichtige Vertreter der internationalen Linken ihr Eintreten für Völkerverständigung und Frieden:

So schreibt der Friedensnobelpreisträger und Erzbischof Emeritus Desmond Tutu in einem Artikel der wichtigen liberalen israelischen Tageszeitung ‚Haaretz‘: „In den vergangenen Wochen erlebten wir beispiellose Handlungen durch Mitglieder der Zivilgesellschaft rund um den Globus gegen die Ungerechtigkeit von Israels unverhältnismäßig brutaler Reaktion auf die Raketenabschüsse aus Palästina. Zählt man alle Menschen zusammen, die sich am vergangenen Wochenende versammelt haben, um Gerechtigkeit in Israel und Palästina zu fordern – in Kapstadt, Washington D.C., New York, Neu-Delhi, London, Dublin und Sydney, und all den anderen Städten – so war dies sicherlich der größte öffentliche Aufschrei für ein einzelnes Anliegen in der Geschichte der Menschheit“ (Mein Appell an das Volk Israels: Befreit euch, indem ihr Palästina befreit, in: [https://secure.avaaz.org/de/tutu\\_to\\_israelis\\_free\\_yourselves/](https://secure.avaaz.org/de/tutu_to_israelis_free_yourselves/), 14.08.2014).

Die alte jüdisch-amerikanische Zeitung ‚Forward‘, in ihrer Englischversion ursprünglich sozialistisch, heute linksliberal ausgerichtet, berichtet ausführlich vom Protest New Yorker Juden und jüdisch-ameri-



Foto: Gaza Solidarity March New York City 2014  
@Martyna Starosta/Forward

kanischer Organisationen gegen die Militärkampagne Israel's im Gaza-Streifen. (Jews March in New York Rally against Israel War in Gaza, in: <http://forward.com/news/israel/202796...>, 24.07.2014).

Bereits Anfang 2014 beschrieb der New Yorker ‚Forward‘ den Kampf des einzigen Sozialisten im U.S. Kongress, Bernie Sanders, gegen soziale Ungleichheit. Sanders, selbst ursprünglich aus Brooklyn, New York, war schon 1963, als das noch Wenige taten, in einem israelischen Kibbutz. Er ist Sohn polnischer Immigranten, die Familie seines Vaters kam im Holocaust um. Sanders ist vielleicht typisch für das lange Zeit jüdisch-sozialistische Milieu New Yorks, welches das Land in vielfacher Hinsicht geprägt hat. Er, der im Sommer 2015 als prominenter linker Kandidat für die U.S. Präsidentschaftswahlen 2016 aufsteigt, kritisiert die Raketenangriffe der Hamas auf Israel sowie die Position der Hamas zum Staate Israel, sagt aber gleich-

zeitig, dass Israel im Gazakrieg überreagiert hat. Der Rede des rechtskonservativen israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu vor dem U.S. Kongress im März 2015 bleibt er demonstrativ fern.

Die mit Abstand größte sozialistische Organisation der USA, die Demokratischen Sozialisten von Amerika (der Autor dieser Zeilen ist langjähriges Mitglied), veröffentlicht ein Statement zu Gaza. Darin werden die Bombenkampagne der israelischen Armee und Angriffe beider Seiten auf unschuldige Zivilisten verurteilt. Die israelische Zivilgesellschaft wird aufgerufen, sich Hass und Rassismus entgegen zu stellen und sich für eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen. Das Statement ist bemerkenswert, da sich auch zahlreiche amerikanisch-jüdische Mitbürger in DSA engagieren. ([http://www.dsausa.org/bombing\\_gaza...](http://www.dsausa.org/bombing_gaza...), 15.07.2014).

## 2. Interview per Email mit Joseph M. Schwartz, USA (übersetzt von Stephan Peter)

Joseph M. Schwartz ist Professor für Politikwissenschaften an der renommierten Temple University in Philadelphia an der amerikanischen Ostküste. Autor zahlreicher Bücher und anderer Veröffentlichungen, Schwartz ist auch stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA). Sie ist heute die wichtigste Nachfolgeorganisation der alten sozialistischen Partei von Eugene Debs und Norman Thomas. Als linker Aktivist und Gewerkschafter war Schwartz in viele Kämpfe der vergangenen Jahrzehnte involviert: der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg, der Anti-Apartheid-Bewegung, und den Auseinandersetzungen um eine Reform des Gesundheitswesens, des sozialen Wohnungsbaus, und anderer öffentlicher Dienstleistungen. Er war Ko-Vorsitzender der ‚Boston Socialist School‘, welche Kurse zur sozialistischen Theorie und U.S. Außenpolitik anbot, die oft von Noam Chomsky unterrichtet wurden.

Schwartz schreibt u.a. für die linken Magazine Dissent, In These Times, Truthout. Das Neue Deutschland veröffentlichte seine Einschätzung zur Wiederwahl Obama's 2012 - in Form eines Interviews mit dem Autor dieses Newsletters.



**S.P.: In jeder Weltreligion gibt es unterschiedliche Strömungen. Im Judentum grob die orthodoxe, konservative und die Reform-Strömung. Gibt es so etwas wie eine dominierende Strömung in den USA? Wie viele jüdische Mitbürger leben in den USA – im Vergleich zum Staat Israel?**

**J.S.:** 1,9 Prozent der U.S. Bevölkerung sind jüdisch, als etwa 5.7 Millionen Mitbürger sehen sich so. Das ist etwas über einem Drittel der 14 Millionen Menschen in der Welt, die sich als jüdisch bezeichnen. Es gibt ca. 6.1 Millionen Juden in Israel. Etwa 80.000 in Deutschland, gegenüber ungefähr 20.000 vor der Wiedervereinigung, bedingt durch einen Zuzug osteuropäischer Juden und Israelis nach Deutschland.

Über die Hälfte der jüdisch-amerikanischen Bevölkerung lebt in der Großregion von New York City und Los Angeles. Weitere Zentren sind Chicago, Philadelphia, Boston, Washington DC, die Gegend um San Francisco und andere Großstädte außerhalb des alten Südens.

Etwa 22 Prozent identifizieren sich als nicht-religiöse Juden, will sagen, sie sehen sich als Juden in kultureller Hinsicht, nicht religiöser. Bei Jüngeren ist dieser Prozentsatz noch höher, bei den Älteren niedriger. Laut einer Umfrage des renommierten Pew Research Center vom Jahre 2013 zur Lage jüdischer Amerikaner haben 30 Prozent überhaupt keine formale religiöse Zugehörigkeit, 10 Prozent sehen sich als orthodox, 18 Prozent als konservativ und 35 Prozent als dem liberal-progressiven Reformjudentum zugehörig. Die Reform-Strömung kommt ursprünglich aus der Hinwendung deutscher Juden

zum Säkularismus im 19. Jahrhundert. Sie beachtet nicht sämtliche traditionellen jüdischen religiösen Gebote.

Interessant ist, dass fast 60 Prozent jüdischer Bürger in den letzten 10 Jahren nicht-Juden geheiratet haben – gegenüber nur 40 Prozent vor 20 Jahren oder noch früher.

### **S.P.: Wie steht diese dominierende Reform-Strömung zur gegenwärtigen Politik Israels? Wie zur Zwei-Staaten-Lösung und den Siedlungen in der West-Bank?**

**J.S.:** Die meisten jüdischen Bürger der USA fühlen eine bestimmte Verbundenheit mit Israel, aber mehr diejenigen, die religiös leben, vor allem die Orthodoxen. Bis vor einiger Zeit unterstützte eine klare Mehrheit der jüdischen Bevölkerung der USA – bis auf einige linke Gruppen - die israelische Regierungspolitik, gleich welcher Regierung. Heute aber verurteilt eine starke Minderheit, vielleicht 40 Prozent, die israelische Besatzungspolitik. Und die Meisten sprechen sich für eine Zwei-Staaten-Lösung für Israelis und Palästinenser aus. Alles in Allem kann man sagen, amerikanische Juden sind relativ gleichmäßig getrennt zwischen denjenigen, die recht unkritisch gegenüber einer de facto Besatzungspolitik eines Groß-Staates Israel sind und denjenigen, die kritisch über Israels Besatzungspolitik denken.

Ein einziger demokratischer, säkularer Staat im Gebiet Palästinas ist sicher nur bei einer kleinen Minderheit populär, aber bedeutend mehr, vor allem progressive Juden, befürworten größeren amerikanischen Regierungsdruck auf Israel, sich von den besetzten Gebieten zurück zu ziehen und den Zustand der Bewohner Gazas wie in einem riesigen Gefängnis zu leben, zu beenden. Gerade an den Universitäten wächst der Ruf nach Boykott, De-Investment und Sanktionen gegenüber Israel, wenn auch die Bewegung noch nicht so breit ist wie die Anti-Apartheid-Bewegung in den 1980ern. Eine ansehnliche Minderheit unter den Aktivisten ist jüdisch. Andererseits ist die Position ‚Wir stehen hinter Israel, egal was passiert‘ vor allem bei den älteren amerikanischen Juden noch stark vertreten. Sie sehen Kritik an Israel in der Konsequenz als eine mögliche Schwächung des Staates.

Ich selbst bin für einen teilweisen Boykott der Art, wie ihn die ‚United Church of Christ‘ und andere progressive religiöse Institutionen hier zu fordern beginnen. Also einen Boykott aller Unternehmen und Institutionen, welche die Besatzung unterstützen, und einen Boykott von Produkten ‚made in Israeli settlements‘. Aber ich bin nicht für einen Boykott aller israelischen Produkte und israelischer Institutionen wie zum Beispiel der Universitäten und einfacher Firmen.

### **S.P.: Gab und gibt es eine sozialistische Tendenz innerhalb und außerhalb des U.S. Reformjudentums?**

**J.S.:** Ich schätze mal, dass Juden die offen sozialistisch oder kommunistisch waren, sich am ehesten der Reform-Richtung zugehörig gefühlt hätten. Tatsache ist aber, die meisten in dieser Gruppe waren kulturell jüdisch, besuchten aber kaum eine Synagoge. Vor dem zweiten Weltkrieg gab es noch den ‚Bund‘ in den USA [ursprünglich sozialistisch-jüdisch-polnisch, d. V.]. Der Bund war anti-zionistisch bis zum Holocaust, an Jiddisch als Sprache interessiert, und für eine kulturelle und nationale Präsenz innerhalb der sozialistischen Bewegung. Aber die große Mehrheit jüdischer Sozialisten bis in die 1950er hinein waren Mitglieder der alten Sozialistischen Partei von Eugene Debs [und Norman Thomas] oder der Kommunistischen Partei. Es gibt Schätzungen, wonach auf dem Höhepunkt der Volksfront-Kampagne der Kommunistischen Partei unmittelbar vor dem Hitler-Stalin Pakt über 40 Prozent der insgesamt 100,000 Parteimitglieder Juden waren.

Eine kleinere Gruppe jüdischer Radikaler, vielleicht 10 Prozent derer, die sich von den 1930ern bis zu den 1960ern als sozialistisch bezeichneten, gehörten linken zionistischen Organisationen an. Die größten waren ‚Habonim‘ (lose mit der Arbeiterpartei Israels verbunden) und ‚Hashomer Hatzair‘ (lose mit Meretz und linken Kibbutz-Verbänden assoziiert). Diese Gruppen organisierten Freizeitscamps für Jugendliche in den 1960er Jahren, sind aber heute kleiner als sie mal waren.

Auch war die jüdische Beteiligung an der Neuen Linken der 1960er, zumindest der weißen Neuen Linken, sehr hoch. Geschätzt die Hälfte der etwa 600 weißen Bürgerrechts-Aktivisten, die im Sommer 1965 beim ‚Mississippi Freedom Summer‘ im alten Süden dabei waren, waren jüdisch. In jenem Sommer wurden Andrew Goodman und Mickey Schwerner zusammen mit dem schwarzen Bürgerrechtler James Cheney umgebracht.

Aber mehrere Faktoren kamen zusammen, die jüdische Amerikaner heute etwas weniger links sein lassen als vor 40 Jahren. Juden in USA wurden wohlhabender, gezielte Fördermaßnahmen für benach-

teiligte Gruppen („affirmative action“) wurden kontrovers diskutiert, und der Yom Kippur Krieg 1973 mit der kurzzeitigen Aussicht eines ägyptischen Sieges machte viel Juden viel entschiedener pro-Israel und Hardliner in der Außenpolitik. Heute gibt es eine ansehnliche Zahl von Juden unter den U.S. Neo-Konservativen, siehe Paul Wolfowitz, William Kristol, Elliot Abrams etc.

Trotzdem: heute wählen Juden zu 70 Prozent die Demokraten – aber bis 1972 wählten sie zu 90 Prozent demokratisch. Juden sind immer noch disproportional progressiv, aber nicht ganz so radikal wie das mal war. Als die Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA) – die mit Abstand größte sozialistische Gruppierung der USA heute – 1982 gegründet wurden, waren 20 bis 25 Prozent der Gründungsmitglieder jüdisch. Heute ist DSA etwa 10 Prozent jüdisch. Weniger ja, aber viel höher als der jüdische Bevölkerungsanteil der USA von 1.9 Prozent.

**S.P.: Hat die Kibbutz-Bewegung Israels Auswirkungen (gehabt) auf die Diskussion zur solidarischen Ökonomie und Kooperativen in den USA – oder umgekehrt?**

**J.S.:** Die Glanzzeit des autarken Kibbutz, bestehend aus jüdischen Landarbeitern, ging mit dem Aufstieg des israelischen Neoliberalismus Ende der 1970er Jahre zu Ende – und kam nie mehr zurück. Viele Kibbutzim stellten arabische Beschäftigte ein, die Nicht-Mitglieder waren, andere Kibbutzim wurden im Industriesektor tätig, heute finden sie sich auch als Teil der Tourismusbranche. Inzwischen pendeln viele Mitglieder zur Arbeit in die Stadt. Aber es gibt sie noch, profund linke landwirtschaftliche oder industrielle Kibbutzim. Aber viele der Kinder zog es in die Stadt – Kibbutzniks sind halt gebildet, links, und kosmopolitisch – sie deshalb auf dem Bauernhof zu halten, sozusagen, stellte immer ein Problem dar.

Mein Gefühl ist, dass die solidarische Ökonomie als Bewegung sich eher von Mondragon inspirieren lässt, und von verschiedenen Formen von Kooperativen und Mitarbeiterbeteiligungsmodellen in den USA. In diesem Zusammenhang findet das Kibbutz gelegentlich Erwähnung. Aber die Aura des Kibbutz, welche Massen von Europäern, auch Deutschen, anzog, dort in den 1960ern zu arbeiten (und oft ihre Jungfräulichkeit dort zu verlieren), gibt es mit der zunehmenden israelischen Besatzung nach 1973 nicht mehr. Auf jeden Fall ist seit den 1980ern weder Israel noch das Kibbutz ein großartiges Licht für die linke Welt. Ich wünschte, es wäre anders, denn ich habe Verwandte, die beim Aufbau der Kibbutz-Bewegung mithalfen und habe Cousins, die in der israelischen Friedensbewegung aktiv sind.

**S.P.: Innerhalb der jüdisch-amerikanischen Friedensbewegung finden sich unterschiedliche Meinungen zu einer wünschenswerten israelischen Außenpolitik. Gruppen wie ‚Jewish Voice for Peace‘ und ‚Code Pink‘ einerseits und ‚Americans for Peace Now‘ und ‚J Street‘ andererseits widersprechen sich in Bezug auf die Hamas, wie Israels Verhalten gegenüber Palästinensern in der West Bank und in Gaza zu beurteilen ist, oder wie Anstrengungen der Vergangenheit Friedensabkommen zu erreichen zu bewerten sind. Was sind Deine Ansichten hierzu?**

**J.S.:** Carl Davidson (eine treibende Kraft hinter den ‚Committees of Correspondence for Democracy and Socialism - CCDS‘) und ich sind hier einer Meinung. Wir müssen eine linke Einheitsfront, Juden und Nicht-Juden, aufbauen, welche die U.S. Regierung und den Kongress dazu bringt, Israel zu drängen, die Besatzungspolitik zu beenden. Aber wenn in dieser Bewegung nur die mitmachen können, die für einen vollen Boykott und eine Ein-Staaten-Lösung sind, dann wird die Breite der Unterstützung nicht ausreichen, einen Stopp der U.S. Militärhilfe an Israel durchzusetzen. Oder auch nur die U.S. Regierung dazu bewegen zu sagen: keine Hilfe, bis Israel mit einem unilateralen Rückzug seiner Truppen aus großen Teilen der West Bank beginnt. (Von mir aus können die jüdischen Siedler unter palästinensischer Hoheit dort weiter leben, aber die meisten werden sich zurück ziehen, wenn sich die israelische Armee zurück zieht). Nein, wir brauchen die breiteste mögliche Einheitsfront gegen die selbstmörderische Politik der israelischen Mitte-Rechte.

Die meisten pazifistisch gesinnten amerikanischen Juden sind eher mit ‚J Street‘ oder ‚Americans for Peace Now‘ als mit ‚Jewish Voices for Peace‘ assoziiert. Allerdings ist letztere Gruppe im Wachsen. J Street will, dass die USA Israel drängt, offener für eine Zwei-Staaten-Lösung zu sein, und spricht sich für einen Tausch ‚Land gegen Frieden‘ aus.

Hierbei geht es auch darum, Israel zu bewegen, mit der eigenen arabischen Bevölkerung, die pro Zwei-Staaten-Lösung ist, zu kooperieren. Und engere Beziehungen zu allen palästinensischen Gruppen in der Zivilgesellschaft, welche zwei Staaten favorisieren, zu entwickeln. Gleichzeitig sollte man sich vergewärtigen, dass selbst die große Mehrheit des 20 Prozent Israel, das links und pazifistisch ist, in

einem Staat leben will, der mehrheitlich jüdisch ist. So werden die Nachfahren der Holocaust Überlebenden oder der Mizrachi Juden, die zwischen 1948 bis 1951 aus arabischen Ländern vertrieben wurden, einfach nicht zustimmen, in einem Staat mit arabisch/palästinensischer Mehrheit zu leben, egal wie demokratisch der ist.

Eins ist klar. Wenn der Staat Israel keine einseitigen Schritte in Richtung Ende der Besatzung einleitet, wird er ein absoluter Pariah-Staat werden und jegliche Unterstützung der internationalen Linken verlieren. Das wäre tragisch – und ist schon im Begriff, tragisch zu werden. Israelische Juden brauchen den Druck von außen, von der U.S. Regierung, der EU, der linken jüdischen Diaspora, um glaubwürdige Schritte zu unternehmen, die zeigen, sie lehnen die permanente Besatzung und Erniedrigung der Palästinenser ab. Ein demokratisches Israel ist nicht möglich, wenn es ein imperialistischer Besatzungsstaat ist - und gleiche Rechte seinen arabischen Mitbürgern und nicht-orthodoxen jüdischen Mitbürgern verweigert.

In Solidarität.

In Israel selbst ist die linke Meretz Partei die einzige parlamentarische Opposition gegen den Krieg und später für einen sofortigen Waffenstillstand. Nimrod Barnea, ein Sprecher der Meretz-Jugend sagt: „Wir sprechen uns laut und deutlich gegen Krieg und Tod aus – in den Medien, auf der Straße und im Parlament... Wir haben uns immer für die Sache der PalästinenserInnen eingesetzt und werden das auch jetzt weiter tun, trotz der schwierigen Zeiten in denen Israel von der Hamas und dem Islamischen Jihad attackiert wird'. Dieses Engagement stößt in Teilen der israelischen Gesellschaft jedoch auf massiven Widerstand, wie zahlreiche Mitglieder von Meretz auf einer Demonstration gegen den Krieg in Tel Aviv... schmerzvoll erfahren mussten. Die DemonstrantInnen sind von rechten Israelis gejagt und angegriffen worden, was zu zahlreichen Verletzungen geführt hat“ (<http://blog.jusos.de/2104/07/partnerinnen-trotz-krieg/>, 14.07.2014).

Für die Linksfraktion im deutschen Bundestag kritisiert Wolfgang Gehrke das hemmungslose Bombardement von Gaza, die Gaza-Blockade und den fortschreitenden Siedlungsbau durch die reaktionäre Netanyahu-Regierung sowie den Raketenbeschuss der Hamas. Er erklärt sich solidarisch mit der Friedensbewegung und linken Kräften in Israel und Palästina. (Schluss mit dem Irrsinn des Krieges in Gaza, in: [http:// linksfraktion.de...](http://linksfraktion.de...), 01.08.2014).

Ein Jahr nach dem Gaza-Krieg, im Sommer 2015, wirft ein neuer UNO-Untersuchungsbericht beiden Seiten massive Verstöße gegen fundamentale Rechte von Zivilisten und möglicherweise Kriegsverbrechen vor. „Während des 50-tägigen Gaza-Kriegs waren 2250 Palästinenser getötet worden, darunter 1400 Zivilisten. Auf israelischer Seite starben mehr als 70 Menschen. Unter ihnen waren sechs Zivilisten. Dazu kamen massive Zerstörungen insbesondere von Wohngebieten in dem Palästinensergebiet“ (UNO-Bericht zum Gaza-Krieg

vorgelegt, in: [www-luzernerzeitung.ch/nachrichten...](http://www-luzernerzeitung.ch/nachrichten...), 22.06.2015).

### 3. Exkurs: Die Gründung Israels...

Im 19. Jahrhundert wurde das Land, welches heute im Zentrum des arabisch-israelischen Konflikts steht, vielen im Westen durch die Bibel nahe gebracht. Das ‚Heilige Land‘ ist der Geburtsort dreier bedeutender Weltreligionen, das Judentum, Christentum und der Islam. Um die Jahrhundertwende verfiel das in der Region lange dominierende multiethnische Osmanische Reich, der ‚kranke Mann Europas‘ wie es damals hieß. Nationale Bewegungen waren in Europa auf dem Vormarsch. Es waren Ideen, die teilweise in den 14 Punkten des U.S. Präsidenten Woodrow Wilson’s im Versailler Vertrag 1918 einen vorläufigen Abschluss fanden. Ideologisch handelt es sich um liberalen Nationalismus, welcher das Recht eines Volkes auf eine eigene Nation mit demokratischer Selbstbestimmung und friedlichem Ausgleich zwischen den Nationen verband – als die Gründung der ‚League of Nations‘. Die hehren Ideen Wilson’s standen im Widerspruch zu französischem und englischem Imperialismus, welcher im geheimen Sykes-Picot Vertrag von 1916 die Aufteilung großer Gebiete des alten Osmanischen Reichs in Einflusszonen vorsah. Am Ende verlor Wilson: in den 1920er Jahren bewegten sich die USA in Richtung Isolationismus, Großbritannien und Frankreich waren frei, sog. ‚Mandate‘ im Nahen Osten durchzusetzen. Die wachsende Rolle von Öl für die Weltwirtschaft und die Fähigkeit, Kriege zu führen, gaben dem Nahen Osten ab den 1930er Jahren strategische Bedeutung – zunehmend auch für die USA und im Zweiten Weltkrieg Nazi-Deutschland.

Bereits 1917 hatte Großbritannien in der sog. ‚Balfour Declaration‘ versprochen, eine nationale Heimstätte für Juden in Palästina errichten zu

helfen. Gleichzeitig wurden Arabern ähnliche Zusagen für sie selbst abgegeben. Diese doppelten Versprechungen sind der Hintergrund und Kontext eines wachsenden Stroms jüdischer Siedler nach Palästina, deren Zahl allein zwischen 1922 und 1939 von 84,000 auf 445,000 anstieg. Diese Migrationsbewegung war inspiriert von der Idee des Zionismus. In Europa geboren, argumentierte der Zionismus, dass Juden aus Gründen des Selbstschutzes und der Sicherheit einen eigenen Staat besitzen sollten. Es bleibt fraglich, ob der Zionismus seine Mission ohne die Tragödie des Holocausts hätte erfüllen können. Tatsache ist, im Jahr 1948 ziehen sich die Briten aus Palästina zurück, die neu gegründeten Vereinten Nationen beschließen mit knapper Mehrheit, das britische Mandat zwischen Juden und palästinensischen Arabern zu teilen, und Israel erklärt sich zum Staat. Dieser wird umgehend von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion anerkannt. Nicht aber von den arabischen Nachbarstaaten. (Die beiden obigen Absätze folgen den Aussagen des Lehrbuchs ‚Shifting Sands: Balancing U.S. Interests in the Middle East‘, Watson Institute for International Studies, Brown University, USA, 2008).

#### 4. ...und der sozialistische Impuls

Während der Gründerjahre des Staates Israel und bis in die späten 1970er Jahre war die sozialistische Bewegung und die israelische Linke sehr stark. Man könnte sagen, sie bestand, ähnlich wie im Deutschland der Jahrhundertwende, aus drei Säulen, den genossenschaftsverwandten Kibbutzim und Moshavim, den Gewerkschaften, und der Partei.

„Kibbutz ist die hebräische Bezeichnung für eine kollektive Siedlung. ...Eine Gesellschaft, die auf den Prinzipien gegenseitiger Hilfe und sozialer Gerechtigkeit beruht; ein sozialwirtschaftliches System, in dem Menschen Arbeit und Besitz teilen. ...Die ersten Kibbutzim (Plural von Kibbutz) wurden bereits 40 Jahre vor der Staatsgründung Israels von jungen, meist aus Osteuropa stammenden Zionisten errichtet. Sie waren nicht nur gekommen, um den Boden ihrer alten Heimat wieder urbar zu machen, sondern auch, um eine neue Lebensform zu finden. ...Heute gibt es über 270 Kibbutzim in Israel, deren Mitgliederzahl von 200 bis 2000 reicht. Insgesamt leben ca. 127.000 Menschen in Kibbutzim, die ungefähr drei Prozent der israelischen Gesamtbevölkerung darstellen. ...Ursprünglich war die Landwirtschaft Hauptwirtschaftszweig der Kibbutzim. ...Heute stammen etwa 50% aller Kibbutzeinkünfte aus Industrie und Fremdenverkehr. ...Der Kibbutz ist eine basisdemokratische Gemeinschaft. Die Generalversammlung, der sämtliche Mitglieder angehören, trifft alle prinzipiellen Entscheidungen,

wählt Amtsträger, verabschiedet den Kibbutzhaushalt und bestätigt die Aufnahme neuer Mitglieder.“ (Zionismus: Die Idee des Kibbutz, in: [www.hagalil.com](http://www.hagalil.com), aufgerufen am 15.06.2015). Eine dem Kibbutz verwandte Organisationsform stellen die Moshavim da. Es gibt verschiedene Ausprägungen dieser genossenschaftlichen und ursprünglich landwirtschaftlichen Siedlungen. Mit Höfen oft im Privatbesitz und der eigenen Familie als Kern des sozialen Lebens war das Moshav weniger kollektivistisch als das Kibbutz. Viele Moshavim existieren noch heute.

Der Gewerkschaftsdachverband ‚Histadrut‘, 1920 in Haifa gegründet, wurde eine der wichtigsten Institutionen Israels und eine tragende Säule der zionistischen Arbeiterbewegung. Seine sozialistische Orientierung wird in einem frühen Zitat des Generalsekretärs - und späteren ersten Ministerpräsidenten - David Ben-Gurion deutlich: „Die Schaffung einer neuen zionistischen Bewegung, eine zionistische Arbeiterbewegung, ist die erste Voraussetzung der Verwirklichung des Zionismus“ (<https://en.wikipedia.org/wiki/Histadrut>. Übersetzung des Autors). Die erste Konferenz von Histadrut spricht von dem Ziel einer ‚jüdischen Arbeiter-Gesellschaft‘.

Die Aktivitäten der Gewerkschaften waren weitreichend. „Die Histadrut gründete unter anderem die größte Krankenkasse des Landes („Kupat Cholim“), Altenheime, Erholungsheime sowie viele kooperative Unternehmen. Sie betrieb außerdem Kultur- und Medien-Einrichtungen sowie die den Sportverband ‚Hapoel‘... . . .Im Bereich der Histadrut waren in den 1960er Jahren etwa 30% der israelischen Arbeitnehmer beschäftigt. Durch die Verbindung von Krankenkassen- und Gewerkschaftsmitgliedschaft waren außerdem zeitweise bis zu 70% der erwachsenen Israelis gewerkschaftlich organisiert, was der Histadrut einen erheblichen Einfluss im Land sicherte. Lange stand die Histadrut der Arbeitspartei nahe, die dadurch ihrerseits wesentlichen Einfluss besaß“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Histadrut>).

Die von der zionistischen Arbeiterbewegung gegründete Histadrut half auch mit die Partei ‚Mapai‘ – ein Akronym, zu deutsch: Arbeiterpartei des Landes Israel – zur stärksten Kraft in der zionistischen Politik zu machen. Gegründet 1930, führte die linke Mapai von der Gründung des Staates Israel bis 1968 jede Regierungskoalition an und stellte jeden Ministerpräsidenten. In dieser Zeit wurde der Sozialstaat geschaffen, mit garantiertem Mindesteinkommen, Wohngeld, Gesundheitsfürsorge, und weiteren Maßnahmen der Grundversorgung (<https://en.wikipedia.org/wiki/Mapai>). Erwähnenswert ist auch die bis Mitte der 1950er Jahre zweitgrößte Partei Israels, die von der linken Kibbutz-Bewegung

inspirierte sozialistische Arbeiterpartei ‚Mapam‘. Später beteiligte sich Mapam an der progressiven Wahlkoalition Meretz, die sich 1996 zur politischen Partei umwandelte. In den letzten Jahren wurde Meretz als friedenspolitisches Sprachrohr Israels wahrgenommen (<https://de.wikipedia.org/wiki/Mapam>).

Eine weniger bekannte Affinität zwischen den Zielen der Arbeiterbewegung und zeitgenössischer Kultur – sowohl in der Weimarer Republik als auch beim Aufbau Israels – betraf die Architektur. Speziell die Bauhaus-Architektur, die für eine anti-bourgeoise und anti-individualistische Attitüde stand. Bauhaus, das war Inkarnation der Moderne, welche demokratische politische Systeme als Vorbedingung, als Luft zum Atmen, brauchte. Mit dem Ende der Weimarer Republik wanderten Bauhaus-Ideen nach Palästina aus. Mit bis zu 4000 Gebäuden in Tel Aviv, die dem unmittelbaren Einfluss des Bauhauses zugeschrieben werden, handelt es sich um die weltweit größte Konzentration – manche sprechen vom ‚Weltzentrum‘ - dieses bis heute einflussreichen Baustils. „Nachweislich sind 19 Schüler des Bauhauses ab 1933 in Palästina angekommen. Ihnen gelang in der frühen Zeit des Nationalsozialismus noch die Flucht aus Berlin. Unter ihnen arbeiteten vier Meisterschüler, darunter Munio Gitai (Weinraub), Edgar Hed (Hecht), Shmuel Misteckin und besonders Arie Shon, die vor allem in Tel Aviv wirkten.



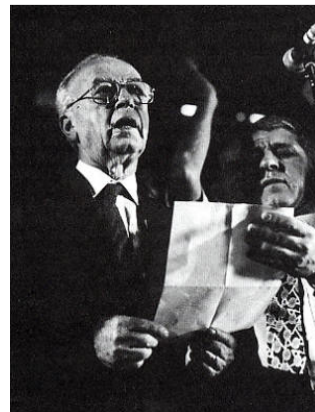
Foto: Arbeiterwohnsiedlung 1936 in Tel Aviv. Architekt Arie Shon  
@wikipedia/Sharon\_meonot\_bw.jpg

Ben Gurion selbst ernannte Arie Shon mit der Staatsgründung 1948 zum Städteplaner für ganz Israel. So konnte er die Strukturen und Planungen des jungen Staates entscheidend beeinflussen. Es war dann gerade Shon, der sie sozialen Implikationen des Bauhauses thematisierte und einige Projekte mit dem israelischen Gewerkschaftsbund realisierte“ (Aus: Johannes Peter. Bauhaus Tel Aviv. Mythos und Wirklichkeit. Artshop, Berlin, 2011.

Illustrativ auch die folgenden Veröffentlichungen: Arie Shon. Kibbutz und Bauhaus. An architect's way in a new land. Krämer, Karl Stgt, 1976. Und: Jeannine Fiedler (Ed.). Social Utopias of the Twenties. Bauhaus, Kibbutz and the Dream of the New Man. Müller+Busmann Press, Germany, 1995).

## 5. Israel's Linke heute

Es sprengt den Rahmen dieses Newsletters, die Geschichte der linken Bewegung Israels während des Kalten Kriegs nachzuzeichnen. Selbst der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern als vielleicht zentrales Element des arabisch-israelischen Konflikts - und den Versuch seiner Auflösung durch den von links stark unterstützten Friedensprozess der letzten 25 Jahre - kann hier nicht erörtert werden. Haften bleiben Images: etwa der Händedruck zwischen Jassir Arafat und Ehud Barak bei einem Treffen der Sozialistischen Internationale oder die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin nach einer Friedensdemo durch einen jungen jüdisch-israelischen Rechtsextremisten.



Gegen Ende der großen Friedensdemo „Ja zum Frieden, Nein zur Gewalt“ am 4. November 1995 in Tel Aviv stimmten Ministerpräsident Yitzhak Rabin und einige andere auf dem Podium das Lied ‚Shir LaShalom‘ an. Wenige Minuten später war Rabin tot. Im Lauf der Jahre wurde der Song zur inoffiziellen Hymne der israelischen Friedensbewegung. Das Lied endet:  
Sag' nicht, der Tag wird schon kommen, Trag' dazu bei, dass er kommt, denn er ist kein Traum. Und auf allen Marktplätzen, ruf' „Es lebe der Frieden“.

Was geleistet werden kann ist die Beschränkung auf einen Schnappschuss zur gegenwärtigen Situation der Linken in Israel.

In einem Gespräch zwischen der linken israelischen Aktivistin Maayan Zakai und der deutschen Journalistin Lea Frehse im Herbst 2014 sehen diese die israelische Linke vor großen Herausforderungen. Zur Linken heute zählen „ die zionistische Linke, die größtenteils im politischen System und den Jugendorganisationen der linken Meretz und Arbeitspartei zu finden ist. Außerdem gibt es die nichtzionistischen, kommunistischen oder sozialistischen Parteien Da'am und Hadasch, ebenso wie die arabisch-palästinensische Linke. Und es gibt die radikale Linke, die nicht zionistisch und nicht parteipolitisch organisiert ist, sondern aus zahlreichen NGOs oder losen Bewegungen besteht“ (Israels Linke am Scheideweg, in: <http://www.forum-deutschland-israel-palaestina.de...>, S. 2, posted on September 3, 2014).



Foto: Premierminister Ehud Barak und Palästinenser Präsident Yasser Arafat bei einem Treffen 1999 in Paris @gettyimages, AFP\_Daniel Janin

Zwar sei die gesamte Linke trotz der Kriege konsequent für ein Friedensabkommen mit den PalästinenserInnen, für die Zwei-Staaten-Lösung, und gegen die Siedlungen. Trotzdem gibt es Konflikte. Wahlstrategisch bedienen die Parteien verschiedene Klientel: „Die Arbeitspartei versucht Stimmen aus der Mitte der Gesellschaft zu erzielen, während Meretz eine sehr elitäre, nicht-religiöse Klientel anspricht. Auch die Aktivitäten der NGOs sind von diesen Auseinandersetzungen beeinflusst, da man sich für ein Lager entscheiden muss. Eine weitere Kluft die nur schwer zu überwinden ist, stellt die Spaltung in zionistische und nicht-zionistische Gruppen dar“ (Ibid, S. 2). Außerdem spielt die Außenpolitik gerade in Israel eine große Rolle: „die Mehrheit der israelischen Linken sind nicht so pazifistisch, wie sie es in einer friedlichen Situation sein können, in der die Armee nur die Sicherheit des Landes garantiert und nicht Kriege führt“ (Ibid, S. 3).

Ein gewisses Erwachen der Linken ist zu beobachten, aber heute in Reaktion auf das, was auf den eigenen Straßen passiert. Viele Mitbürger outen sich öffentlich als Rassisten: „Der Rassismus und die gewaltvolle Rhetorik gegen PalästinenserInnen, die jetzt zu Tage tritt, war schon immer da. Was mich

und andere wirklich schockiert, ist die Tatsache, dass viele Menschen sich jetzt ganz unbefangenen öffentlich rassistisch äußern. Vor zwei Jahren hätte noch niemand offen gesagt, dass er ein Rassist sei. Jetzt bezeichnen sich Leute selbst als Rassisten und sagen auch noch, dass sie stolz darauf seien“ (Ibid, S. 4).

Jüdischer Rechts-Terrorismus reicht bis in die jüngste Zeit. Im August 2015 erhielt Israel's Präsident Reuven Rivlin – er kommt aus der konservativen Likut-Partei – hasserfüllte Drohungen auf Facebook. Rivlin hatte Attentate, vermutlich von radikalen jüdischen Siedlern, auf Palästinenser scharf verurteilt. „Es schmerzt mich, dass einige meiner Landsleute ihre Menschlichkeit verlieren und den Weg des Terrorismus wählen. ...Leider haben wir das Phänomen des jüdischen Terrorismus bislang offensichtlich zu nachlässig behandelt“, schrieb Präsident Rivlin auf seiner Facebook-Seite (Präsident Rivlin erhält Drohungen, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 177, 4. August 2015, S. 9; auch: Wer Israel im Inneren bedroht, www.sueddeutsche.de, 19. August 2015).

Die Linke steht vor einer doppelten Herausforderung. Die israelische Gesellschaft rutscht nach rechts und wird zunehmend weniger offen gegenüber alternativen Ideen. Gleichzeitig bleibt es schwierig, „palästinensische PartnerInnen zu finden, die mit uns arbeiten wollen und die sich für einen gewaltfreien und politischen Weg des Widerstands entschieden haben, den wir unterstützen können... (Israels Linke am Scheideweg..., S. 4). In dieser Situation kann internationale Solidarität hilfreich sein. „Auf der Ebene der Zivilgesellschaft und von NGOs sollten internationale AkteurInnen versuchen, gleichermaßen mit israelischen und palästinensischen Organisationen in Kontakt zu kommen... Ein erster Schritt wäre die Feststellung, dass die beiden Seiten nicht auf Augenhöhe interagieren. Zweitens müssen die AkteurInnen die Einhaltung der grundlegenden Prinzipien, wie die des Völkerrechts, erneut bekräftigen“ (Ibid, S. 4).

## 6. Telefoninterview mit Yael Dayan, Tel Aviv (übersetzt von Stephan Peter)

Yael Dayan ist eine bekannte israelische Friedensaktivistin, Politikerin, Buchautorin und Kolumnistin. Sie wurde in Nahalal geboren, einer ‚Moshav‘, also Siedlung, in der individuelle Bauernhöfe eine landwirtschaftliche Genossenschaft bildeten. Sie war Mitglied des nationalen Parlaments, der Knesset, von 1992 bis 2003 und Vorsitzende des Stadtrats von Tel Aviv von 2008 bis 2013. Ihre politische Karriere begann Sie als Mitglied der Arbeitspartei (Labor Party) und wechselte später zur linken Meretz. Als prominente Friedensaktivistin hielt Sie Vorträge über Friedens- und Sicherheitspolitik in der ganzen Welt. In Israel setzte Sie sich auch für Menschenrechte, Frauenrechte, und Schwule und Lesben ein ([https://en.wikipedia.org/wiki/Yael\\_Dayan](https://en.wikipedia.org/wiki/Yael_Dayan), 09.07.2015).



Yael Dayan ist die Tochter des ehemaligen israelischen Generals und Verteidigungsministers Moshe Dayan, der als einer der Gründungsväter des Staates Israel gilt. Ihr Onkel war Ezer Weizmann, Israel's Präsident in den 1990er Jahren.

**S.P.:** In den späten 1970er Jahren ist die Linke im Westen implodiert. Es gibt da viele Geschichten aus unterschiedlichen Ländern. Als junger Mann und Juso in den 1970ern schaute man nach Skandinavien, der schwedische Wohlfahrtsstaat und Olaf Palme, für Inspiration. Heute vielleicht nach Süd-Europa, denkt an den Kampf der französischen Linken für eine 6. Republik. An den direkt-demokratischen Ansatz des MP Jeremy Corbyn von der britischen Labour Party. Man sucht nach einem Sozialismus als Bewegung, weniger repräsentativ, stärker basisdemokratisch, auch multikulturell. Vieles, welches in der ersten konservativen Dekade der jüngeren Zeit, den 1980ern, in USA erstmals ausprobiert wurde. Vom schwarzen Bürgerrechtler und Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson und seiner ‚rainbow coalition‘ (Regenbogenkoalition). Bei den letzten Wahlen in Israel gewann der konservative Netanyahu, die linke Meretz Partei schnitt schlecht ab. Was ist die Situation der israelischen Linken heute?

**Y.D.:** Israel ist zur Zeit gespalten, aber nicht vorrangig durch das rechts-links Schema wie es historisch in Europa verstanden wird und das primär auf Fragen des Kapitalismus und Fragen der Mitbestimmung abstellt. Unser zentrales politisches Problem ist eine Lösung des israelischen-palästinensischen Konflikts zu finden. Mit den Kategorien, in denen wir traditionell dachten, wird Frieden - eine Zwei-Staaten-Lösung, ein erfolgreicher Abschluss des Oslo-Friedensprozesses - nicht erreicht werden. Die Rechte denkt, man kann von der fortwährenden Besatzung zur Annexion schreiten und dann verschiedene Klassen von Bürgern haben. Die Linke und der Rest der freien Welt glaubt, dass jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat. Dass die Palästinenser Seite an Seite mit Israel leben können. Eigentlich ist das kein genuin linkes Ansinnen, sondern die große Mehrheit bevorzugt den Frieden gegenüber dem Krieg. Unserem Premierminister ist es nur gelungen, den Menschen Angst zu machen. Zu denken, die Bemühung um Frieden führt zu Zerstörung und Untergang.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass sich die Vereinten Nationen und die Europäische Union klar für die Zwei-Staaten-Lösung und die Herstellung eines normalen Palästinenser-Staates aussprechen. Ebenso verdienen die aktuellen Vorschläge der Arabischen Liga zu einer regionalen Beilegung des Konflikts stärkere Beachtung. Gerade auch Ägypten, Saudi Arabien, Jordanien, in Nord Afrika vor allem Marokko sind jetzt auf der moderaten Seite. Einen Krieg können sie, außer Saudi Arabien, nicht riskieren. Der israelischen Armee haben sie wenig entgegen zu setzen, und so ist alles in Allem heute Frieden vielleicht eher möglich als früher.

**S.P.:** Gerade als Deutscher läuft es einem doch kalt den Rücken runter, wenn man die Forderung hört, jede Ethnie oder Volksgruppe sollte einen eigenen Staat haben. Auch in USA ist es ja nicht so, dass jede ethnische Gruppe aufgefordert ist, in einem bestimmten Bundesstaat zu leben. Im Gegenteil, das Motto ist der ‚melting pot‘ und die multikulturelle Gesellschaft.

**Y.D.:** Der Unterschied ist, diese Gruppen haben meist einen im weitesten Sinne christlichen Hintergrund – sogar die Puerto-Ricaner, die Hispanics, die Schwarzen. Aber bei uns kann von der Idee eines ‚one people‘ keine Rede sein. Wir haben nicht dieselbe Religion, dieselbe Sprache, dieselbe Kultur, wir sind alles andere als dasselbe. Innerhalb des jüdischen Staates gibt es viele Variationen, die Spannungen verursachen. Genau wie in der moslemischen Welt, wo das ebenfalls der Fall ist. Aber in der jüdischen Welt gibt es nur einen Staat. Es gibt keinen zweiten jüdischen Staat. In der arabischen Welt ist das anders.

**S.P.:** Auf genossenschaftliche Lebensformen wie Kibbutz oder Moshav zurückkommend – man fühlt sich hier erinnert an Mondragon, die solidarische Ökonomie, Entwicklungen welche für die linke Bewegung eine Rolle spielen. Heute sind individualistische Lebensstile und -entwürfe wichtig. Man kann also verstehen, dass sich Kibbutz und Moshav von ursprünglichen Prinzipien entfernt haben. Ist das eine notwendige Anpassung oder haben diese Experimente ihre Seele verloren?

**Y.D.:** Was sich bis heute erhalten hat, wird weiter bestehen. Es handelt sich um beeindruckende Modelle, wobei das Einkommen zum Überleben von allen möglichen Quellen kommt, und immer weniger an Land und Landwirtschaft gebunden ist, denn Land ist teuer hier. Kooperativen sind im Prinzip eine gute Sache, wobei es eigentlich egal ist, ob diese in einer Siedlung oder außerhalb bestehen. Einige Kibbutzim haben sich in Richtung ‚Hi-Tec‘ entwickelt, erfolgreiche Kibbutz haben kreative Lösungen gefunden, das Bedürfnis nach persönlicher Wahlfreiheit mit Gemeinwohl-Ideen zu kombinieren. Und damit gerade jungen Leuten ein Angebot zu machen, wie sie ihr Leben leben wollen. Das wirtschaftlich nachhaltige Kibbutz oder Moshav, welches in der Lage ist, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, hat auch eine soziale oder ideologische Ausstrahlung.

Israel ist ein industrielles, wirtschaftlich entwickeltes Land. Es gibt nationale Herausforderungen. Das Land ist stark. Zu stark – zu seinem eigenen Nachteil. Unsere Armee ist zu groß. Die Verteidigungsausgaben sind zu hoch. Die Frage ist, wo das Geld hin fließt: in die Verteidigung oder die Bildung. Die Besatzung aufrechterhalten oder nicht. Das sind zentrale politische Fragen, die eine pragmatische Antwort erfordern. Visionen im Sinne von Wunschträumen helfen nicht weiter. Man fängt ganz praktisch mit der Landkarte an, entscheidet sich, was die eigenen Sicherheitsbedürfnisse sind, und zieht eine Linie, sieht sich Jerusalem an und teilt Jerusalem. Niemand geht mit Idealismus an die Teilung Jerusalems heran. Zu sagen, Pragmatismus ist rechts, Visionen sind links – solche Kategorien machen bei diesem Problem keinen Sinn.

**S.P.: Herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit für dieses Kurz-Interview genommen haben – und alles Gute.**

**Y.D.:** Auch Ihnen alles Gute.

## 7. Die deutsche Linke und Israel

Ein kurzer Blick in die jüngere Geschichte. Ähnlich der Britischen Labour Party war die deutsche sozialdemokratische Partei (SPD) und der Gewerkschaftsapparat in den 1950er und 1960er Jahren eindeutig pro-zionistisch. Die Nachkriegs-SPD sah Israel als ein sozialdemokratisch-inspirierter Staat an, welcher einen ‚Dritten Weg‘ zwischen westlicher Marktwirtschaft und östlichem ‚Totalitarismus‘ anstrebte. Ins Bild passte auch, dass es deutsche Konservative waren, die sich zunächst der diplomatischen Anerkennung Israels verweigerten. Für junge, marxistisch inspirierte Intellektuelle am Rand der SPD „war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ein linkes Gegenprogramm zu einem politischen Etablisement, welches ehemalige Nazis in den Staatsapparat integrierte, allen voran Hans Globke, Chefberater von Konrad Adenauer und Mitautor der berüchtigten Nürnberger Rassengesetze“ (Leandros Fischer. *The German Left's Palestine Problem*, in: [www.jacobinmag.com/2014/12/...](http://www.jacobinmag.com/2014/12/), aufgerufen am 11.06.2015, Übersetzung des Autors).

Später wurde Israel ein enger Verbündeter der USA im Kalten Krieg. Die westdeutsche Linke bis zu den Jusos begann sich mit dem Kampf der Palästinenser nach Selbstbestimmung zu solidarisieren – im Kontext des Rufs nach Selbstbestimmung der Dritten Welt gegen wirtschaftliche Kolonialisierung und politischer Instrumentalisierung durch die Supermächte. Gleichzeitig blieb das Kibbutz-Experiment von Interesse und wurde insbesondere von der westdeutschen Literatur zur Alternativökonomie der 1970er und frühen 1980er Jahre rezipiert.

Nach der deutschen Wiedervereinigung und der Ausbreitung rechtspopulistischer bis neo-nazistischer Milieus machte sich ein Teil der linksautonomen Szene die Weltsicht des ‚Antideutschen‘ zu eigen. Daniel Jonah Goldhagen's Buch ‚Hitler's Willing Executioners‘, der Ausbruch der zweiten Intifada, 9/11, und jüngst der Anschlag auf das französische Satiremagazin ‚Charlie Hebdo‘ und

einen jüdischen Supermarkt in Paris waren Kristallisationspunkte. Die antideutschen Positionen schließen, vereinfacht gesagt, den Kampf gegen deutschen Nationalismus, gegen Antizionismus und Antiamerikanismus, und für bedingungslose Solidarität mit Israel und ihren jeweiligen Regierungen ein.

Eine Nähe zu dieser ursprünglich linksautonomen Sichtweise lässt sich in den letzten Jahren auch bei pragmatischen Kräften innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE feststellen. Am deutlichsten vielleicht bei der der Linksjugend SOLID nahestehenden Plattform BAK Shalom. Der Anschluss an die von allen Bundestags-Parteien geteilte deutsche Staatsräson, nämlich die besonderen Beziehungen zu Israel - daraus abgeleitet die Hemmung, einen sich pluralistisch und demokratisch verstehenden Staat an seinen eigenen Ansprüchen zu messen - wird als Voraussetzung für linke Koalitionen und Erreichen einer Machtperspektive gesehen. Im Grunde handelt es sich um einen visionslosen, managerhaften, ‚weiter-so‘ Progressivismus, für den heute an erster Stelle die europäische Sozialdemokratie steht.

Im Gegensatz dazu argumentiert dieser Newsletter, dass ein Markenzeichen von Linken, internationale Solidarität, Völkerverständigung, Frieden – auch mit Palästinensern – vereinbar ist mit dem Eintreten für ein sozialistisch geprägtes Israel, wie es in den Anfangsjahren dieses Staates bereits bestand. Auch damals war nicht alles Gold, was glänzt: im Kibbutz wurden trotz Fortschritten bei der Emanzipation herkömmliche Geschlechterrollen letztlich nicht durchbrochen, die Integration nicht-europäischer Jüdinnen und Juden gelang kaum, bereits in der Pionierphase gab es oligarchische Eliten, vom Aufbau kooperativer Beziehungen mit der arabischen Bevölkerung ganz zu schweigen (siehe: Brigitte Kratzwald, Andreas Exner. *Solidarische Ökonomie & Commons*, 2012). Trotzdem repräsentieren der sozialistisch gefärbte Aufbau Israels und die Kibbutz- und Moshav-Bewegung

im besonderen einen reichen Erfahrungsschatz für eine gemeinwohl-orientierte Produktions- und Lebensweise. Grenzen und Widersprüche geben implizit Hinweise für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

Dieser wird der organisierten Tristesse des Kapitalismus einen „demokratischen, feministischen, ökologischen und lustvollen ‚Sozialismus 2.0‘“ gegenüberstellen, wie es die Linken-Vorsitzende Katja Kipping kürzlich proklamierte. Demokratie und Mitbestimmung, Bürger- und Beschäftigtenbeteiligung, solidarische Ökonomie und Gemeinwohl-Ökonomie weisen als Wesensmerkmale in die Richtung dieses Sozialismus. Dialektisch geht es um die Verbindung zwischen dem Sozialismus des 20. Jahrhunderts, der strategisch auf Wahlkam-

pagnen, linke Partei- und Parlamentspolitik und namentlich bekannte Führungspersönlichkeiten als Mittel von Transformation setzte, und heutiger politischer Organisation, die stärker auf eine breite Vernetzung zwischen Gewerkschaftsbewegung und anderen lokalen bis globalen linken sozialen Bewegungen zielt. Dieser neue Ansatz wird von progressiven jüdischen und nicht-jüdischen Gruppen der westlichen Welt bereits praktiziert. Es ist das erfolgsversprechendste Konzept, dem religiösen, ethnischen, nationalen und Markt-Fundamentalismus den Boden zu entziehen. Und aus der Kooperation zwischen Israel und Palästinensern ein attraktives wirtschaftliches und kulturelles Modell für den Nahen Osten zu entwickeln, das weit darüber hinaus wirkt.

## 8. Centre Medem – Arbeiter Ring, Paris und Cercle Bernard Lazare, Paris

Wer nach jüdischem Selbstverständnis als jüdisch gilt, darüber gibt es keinen Konsens. Trotzdem lässt sich sagen, dass etwa  $\frac{3}{4}$  der Juden dieser Welt in Israel und den Vereinigten Staaten leben. An dritter Stelle steht Frankreich, welches auch die mit Abstand größte jüdische Gemeinde Europas hat – sie ist bedeutend größer als im nach der Bevölkerungszahl größeren Nachbarland Deutschland. Zentren jüdischen Lebens in Frankreich sind Städte wie Paris, Marseille oder Straßburg.

Die Teilhabe von Personen französisch-jüdischer Abstammung oder jüdischer Personen mit Bezug zu Frankreich an Kultur und Wissenschaft, sowie Politik und Wirtschaft Frankreichs ist beachtlich (siehe ‚Judentum in Frankreich‘, in: <https://de.wikipedia.org...>, aufgerufen am 23.09.2015). So verwundert es nicht, dass Premier Valls nach der weitgehenden Zerstörung eines jüdischen Friedhofs in der elsässischen Gemeinde Sarre-Union Anfang 2015 betonte: ‚Ein Frankreich ohne Juden, das wäre dann kein Frankreich mehr‘. Und Präsident Hollande widersprach mit aller Entschiedenheit dem israelischen Premier Netanjahu, der französische Juden zuvor zur ‚massiven Rückkehr nach Israel‘ aufgerufen hatte.

Die jüdische Linke Frankreichs hat eine lange und vielschichtige Geschichte. Leopold Braunstein, Präsident des linken Pariser Kulturzentrums ‚Centre Medem‘ meint: „was die jüdische Rechte und Linke unterscheidet ist Unterstützung jeglicher israelischer Regierungspolitik versus Unterstützung des Staates Israel aber Kritik an Netanjahu; ist der Unterschied zwischen denjenigen, die stark religiös und daher weniger offen gegenüber der Moderne sind, und denjenigen, für die Judentum mehr als Religion ist“ (Konversation via Email und Übersetzung durch S.P.). „Etwas Besonderes in Frankreich

ist der CRIF (‚conseil représentatif des institutions juives‘), die nach dem Krieg geschaffene ‚offizielle‘ Stimme der jüdischen Institutionen. Jedes Jahr findet ein großes Treffen mit dem französischen Premier und dem Präsidenten statt. Einige der jüdischen Institutionen sind Mitglieder von CRIF, andere nicht - und widersprechen CRIF, wenn sie deren Positionen ablehnen“ (Ibid). Linke jüdische Präsenz in Frankreich illustrieren exemplarisch zwei unterschiedliche Projekte:

### 1. Centre Medem – Arbeiter Ring, Paris

Der ‚Centre Medem – Arbeiter Ring‘ ist ein säkulares Pariser Kulturzentrum, das von seiner Geschichte den Bundisten und der jiddischen Sprache, seiner politischen Orientierung dem demokratischen Sozialismus, und philosophisch dem Laizismus und Internationalismus verbunden ist. „Wir bieten etwa 70 Veranstaltungen pro Jahr an, Kurse in Jiddisch, Hebräisch, Judenspanisch, Jüdisch-Arabisch; Workshops zu jüdischem Theater, Konzerte, offene Universität, Ausstellungen – zusammen mit einem Dutzend Aktivisten und einem halben Dutzend Angestellten“, sagt Präsident Braunstein.

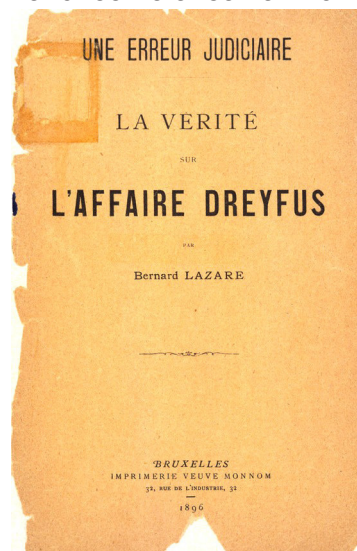
Der ‚Bund‘ geht zurück auf den Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen, und Russland der Jahrhundertwende. Bis in die 1930er Jahre in verschiedenen europäischen Ländern aktiv, setzte sich der Bund für eine sozialistische Präsenz im jeweiligen Heimatland und der rechtlichen Anerkennung der Juden dort ein. Folgerichtig wurden der Zionismus – eine Emigration nach Palästina – und die Wiederbelebung des Hebräischen mehrheitlich



abgelehnt. Stattdessen wurde das Jiddische als jüdische Nationalsprache gefordert. Heute lebt die Bundistische Bewegung als Minderheitenbewegung in jüdischen Gemeinden mehrerer westlicher Länder fort. „Unter den französischen Juden besteht dasselbe politische Kräfteverhältnis wie in der französischen Gesellschaft insgesamt, wenn man zu bestimmen versucht, wer ist auf der Linken und wer auf der Rechten“, fasst Präsident Braunstein zusammen (Ibid).

## 2. Cercle Bernard Lazare, Paris

1954 gründete sich der bis heute bestehende Cercle Bernard Lazare. „Bernard Lazare (geb. 1896 in Nîmes als Lazare Marcus Manasse Bernard; gest. 1903 in Paris) war ein französischer Journalist, Literaturkritiker und Anarchist jüdischer Abstammung. Bekannt wurde er im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre“ (wikipedia). Als Pseudonym vertauschte er seinen Vor- und Nachnamen.



Als ein Zusammenschluß französischer Linkszionisten bekennt sich der Cercle sowohl zur Solidarität mit Israel als auch einem dauerhaften israelisch-arabischen Frieden. „Er vertritt sozialistische Positionen in Tradition der Kibbuzim und der Werte der französischen Republik...

In den Augen der französischen Rechten blieb Bernard Lazare die Verkörperung des jüdischen Revolutionärs und zog noch lange nach seinem Tod heftigen Hass auf sich. Die rechts-extreme, royalistische Organisation Camelots du roi beschädigte eine kleine Statue, die zur Erinnerung an Lazare in Nîmes errichtet worden war, und das Vichy-Regime zerstörte sie im Jahr 1940 dann gänzlich. Erst 2005 wurde ein Platz im dritten Pariser Arrondissement nach dem Dreyfusards benannt“ (Hans-Joachim Hahn, Olaf Kistenmacher (Hrsg., Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft, 2015, S. 169). Der Cercle Bernard Lazare ist in Israel mit der Meretz-Partei liiert und in Frankreich mit der Parti Socialiste. Auch die Parti de Gauche unterhält über einige Abgeordnete Kontakte.

## 9. Zurück ins Saarland

Seit den 1960er Jahren unterhält der DGB Saar freundschaftliche Beziehungen mit verschiedenen Bezirken des israelischen Gewerkschaftsdachverbands Histadrut. Immer wieder findet ein persönlicher Austausch zwischen den Partnern statt. Aus linker Sicht müsste es heute dabei um den Beitrag der israelischen Kibbutz- und Moshav-Bewegung, der französischen l'autogestion Bewegung, der U.S. amerikanischen solidarity economics Bewegung und der deutschen Wirtschaftsdemokratie-Debatte für einen Sozialismus 2.0 gehen. Wünschenswert wäre eine Debatte mit Herzblut zur Zukunft der Lohnarbeit und der direkten Bürgerbeteiligung im Alltag.



Foto: Bernie Sanders @www.sanders.senate.gov\_DSC2875

Der eingangs erwähnte jüdisch-amerikanische Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders hat in den letzten Jahren zwei Anträge in den U.S. Senat mit dem Ziel eingebracht, Arbeiter-Selbstverwaltung und Mitarbeiterbeteiligung mittels öffentlicher Unterstützung zu stärken. Diese Anträge, S.2909 und S.2411, wurden von der Werkstatt Wirtschaftsdemokratie der saarländischen Linksfraktion ins Deutsche übersetzt, auf die Situation im Saarland angepasst, und als Gesetzesanträge für den saarländischen Landtag formuliert. Für uns im Saarland sind sie ein Denkanstoß zur Debatte.

Anders gesagt, der DGB Saar kann sich im Austausch mit der Histadrut den Ansatz von Hannes Meyer zu Eigen machen. Der Sozialist, zweite Direktor des Bauhauses von 1928/30 und Lehrer Arie Shalom forcierte die soziale Dimension des Bauhauses. Seine Parole ‚Volksbedarf statt Luxusbedarf‘ stellte die Soziologie noch vor die Architektur, verstand Architektur als Gesellschaftslehre, und bestand als Ausgangspunkt auf dem Versuch einer kooperativ zu gestaltenden Begriffsbestimmung: was ist das soziale Gemeinwohl?

## Herausgeber:

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gisela Ruge) in Kooperation mit Fraktion die LINKE im Landtag des Saarlandes, Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)